

Bern, 9. November 2016

Medienmitteilung

Rechtssicherheit statt das Recht des Stärkeren

Die EMRK schützt gegen die Willkür des Staates

FDP. Die Liberalen begrüsst, dass der Bundesrat die «Selbstbestimmungsinitiative» ohne Gegenentwurf ablehnt. Die Schweiz profitiert von den internationalen Beziehungen und der Rechtsicherheit, welche das internationale Recht bietet. Als weltoffener und international stark vernetzter Staat ist die Akzeptanz dieses Rechts durch die internationale Völkergemeinschaft für unser Land wichtig. Die Initiative würde die Schweiz zu einer unzuverlässigen Vertragspartnerin machen. Internationales Recht aber muss demokratisch legitimiert sein.

Die Schweiz ist ein weltoffener Staat. Das internationale Recht dient der Rechtstaatlichkeit, schützt Grundrechte und fördert eine offene Weltwirtschaft – allesamt liberale Anliegen, auf welchen die Schweiz ihren Wohlstand aufgebaut hat. Die «Selbstbestimmungsinitiative» würde das Gegenteil bewirken. Die Schweiz profitiert von internationalem Recht. Es schützt uns vor Machtpolitik und Willkür grosser Staaten. Wir fordern jedoch eine starke und demokratische Legitimierung von internationalem Recht, analog zum Landesrecht. Die Initiative taugt dazu jedoch nicht.

Interessen der Schweiz sichern

Bereits im Sommer dieses Jahres verabschiedete die FDP unter dem Titel [«Gemeinsam stark: Schweizer Recht und Völkerrecht»](#) ein Positionspapier zur Sicherung der Interessen der Schweiz. Darin fordern wir unter anderem, dass internationale Verträge mit verfassungsmässigem Charakter dem Referendum unterstellt werden sollen. Auch stehen wir klar hinter der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), welche die SVP mit ihrer Initiative künden will. Die EMRK schützt den Bürger vor staatlicher Willkür – ein zentrales liberales Anliegen. Auch die bilateralen Verträge wären letztlich durch die Initiative gefährdet.

Klare Regeln gefordert

Die «Selbstbestimmungsinitiative» dagegen will mit starren Regeln in der Verfassung den Spielraum der Schweiz einschränken. Sie präsentiert sich als Allerheilmittel zur Lösung von Unstimmigkeiten zwischen Schweizer Recht und internationalem Recht. Sie würde aber die Position der Schweiz schwächen, in dem sie uns zu einer unzuverlässigen Vertragspartnerin machen würde. Wir brauchen nicht die Brechstange, sondern einfach verständliche Gesetze, die wir konsequent und eigenständig umsetzen und ein klar geregeltes Verhältnis von Landes- und internationalem Recht im Konfliktfall.

Freiheit, Gemein Sinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Philipp Müller, Ständerat, 079 330 20 79
 - › Andrea Caroni, Ständerat, 079 688 96 50
 - › Damian Müller, Ständerat, 079 569 09 39
 - › Hans-Peter Portmann, Nationalrat, 079 218 24 37
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Arnaud Borvin, Pressesprecher Westschweiz, 079 277 71 23
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.

FDP. Die Liberalen, Generalsekretariat, Neuengasse 20, Postfach 6136, CH-3001 Bern

T +41 (0)31 320 35 35, F +41 (0)31 320 35 00, www.fdp.ch